

**Beschlüsse des 115. Landesparteitages
der FDP Hamburg vom 2. April 2022**

**Leitantrag: Hamburgs Antwort
auf den Ukraine-Krieg:
Was wir für eine sichere und
verlässliche Zukunft tun müssen**

**Erst denken, dann kaufen –
Sicherstellen einer zukunfts-
und konfliktssicheren Beschaffung**

**Freie
Demokraten**

Landesverband
Hamburg **FDP**

Beschluss des 115. Landesparteitages der FDP Hamburg vom 2. April 2022

Hamburgs Antwort auf den Ukraine-Krieg: Was wir für eine sichere und verlässliche Zukunft tun müssen

Der Krieg in der Ukraine hat eine neue Welt geschaffen. Mitten in Europa überfällt eine militärische Macht ein anderes Land, um den Menschen dort Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und sogar das Leben zu nehmen, einen Staat zu zerstören. Wir Freie Demokraten verurteilen das Vorgehen der russischen Regierung aufs Schärfste und erklären unsere volle Solidarität mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Das Streben der Ukrainerinnen und Ukrainer nach Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Niemand hat das Recht, die Ukraine mit militärischer Gewalt an diesem Weg zu hindern. Wir Freien Demokraten stehen fest und unverbrüchlich an der Seite unserer ukrainischen Freundinnen und Freunde. Wir teilen die Werte der Demokratie, Freiheit und des Friedens. Diese Werte und die Menschen die dafür eintreten, werden wir niemals aufgeben. Wir unterstützen die gegen die russische Regierung verhängten und in ihrer Schwere und Bedeutung beispiellosen Sanktionen, auch wenn besonders Hamburg als Wirtschafts- und Handelsmetropole hier besonders betroffen ist. Wir Freie Demokraten danken den vielen meistens ehrenamtliche und privaten Initiatoren von verschiedenen Hilfsmaßnahmen in Hamburg und allen, die sich daran beteiligen und die Initiativen tragen für ihr Engagement und ihren Hilfswillen. Wir danken ebenso den Mitarbeitern der Hamburger Verwaltung und von Hilfsorganisationen für ihren Einsatz in diesen angespannten wie teils unvorhersehbaren Zeiten und Umständen. Auf diese neue Situation in der Welt, in Europa müssen wir uns einstellen. Nicht irgendwo, sondern hier in Hamburg, der Freien und Hansestadt, unserer Heimat.

Dafür fordert die FDP den Hamburger Senat, alle demokratischen Parteien in der Hamburgischen Bürgerschaft und im Deutschen Bundestag auf, folgende Punkte kurz- und mittelfristig umzusetzen.

1. Priorität hat für uns Freie Demokraten die angemessene Unterbringung der Menschen, die als Kriegsgeflüchtete zu uns kommen. Hierzu muss der Hamburger Senat die Koordinierung und die weitere Vorbereitung in die Hand nehmen. Die Erfahrungen aus den Jahren 2015 und 2016 müssen hierfür genutzt werden. Als erster Schritt muss der Hamburger Krisenstab temporär ausgebaut werden, mit den Fachleuten, die für die Bewältigung der Fluchtfolgen das notwendige Know-How mitbringen. Dazu sollten ausdrücklich auch Fachleute im Ruhestand und ehemals Geflüchtete aktiviert und ermuntert werden.

2. Die Aufnahme von Geflüchteten in Hamburg muss unbürokratisch und zügig erfolgen. Unerlässlich sind eine Registrierung und eine Identitätsfeststellung vor allem zum Schutz gefährdeter Frauen und Kinder. Niemand von denen, die zu uns kommen, darf verloren gehen oder verschwinden. Zur Registrierung und Dokumentation sollten digitale Möglichkeiten genutzt werden, die es in der Hamburger Verwaltung zumindest an einigen Stellen bereits gibt. Hier wird (wieder einmal) deutlich, welche besondere Bedeutung der konsequenten Digitalisierung von Behördenprozessen in Hamburg zukommt. Die Informationsunterlagen und Formulare müssen in verständlicher Form und in ukrainischer und russischer Sprache zur Verfügung gestellt werden, mindestens aber auf Englisch
3. Bei der Unterbringung rufen wir die Bezirke dazu auf, mit eigenen Initiativen und Verwaltungshilfe aktiv zu werden. Die Bezirke sollen initiativ Flächen und Liegenschaften für die Unterbringung von Geflüchteten vorschlagen. Dabei ist einer dezentralen Unterbringung in mittlerer Größe mit ca. 300 Personen der Vorzug zu geben. Vor allem muss es eigene Unterbringung für Frauen mit Kindern geben.
4. Wir Freie Demokraten fordern den Hamburger Senat und die Bezirke auf Welcome-Patenschaften und ehrenamtliche Hilfe für Geflüchtete und die Unterbringung bei der ukrainischen Diaspora in Hamburg bestmöglich und effektiv zu unterstützen.
5. Die weitere Umsetzung der sogenannten „Bürgerverträge“ Hamburgs mit den Bezirken muss zugunsten einer Nutzung bestehender Kapazitäten für die temporäre Erst- und Folgeunterbringung ukrainischer Kriegsflüchtlinge ausgesetzt werden.
6. Kriegsgeflüchtete in Hamburg müssen ein umfassendes Impfangebot gegen Corona bekommen.
7. Kinder und Jugendliche brauchen Betreuung und Bildung. Wir unterstützen es, wenn ukrainische Kinder kurzfristig in ihrer Muttersprache und im Rahmen des ukrainischen Fernunterrichts weiterbetreut werden. Gleichzeitig müssen sie so schnell wie möglich in Basis- und Internationalen Vorbereitungsklassen unterrichtet werden. Solange ein Ende des Kriegs nicht absehbar ist, muss zudem der Übergang in die Regelklassen in Aussicht genommen werden. Nach unserem Konzept der offenen Hochschule fordern wir, dass sich alle ukrainischen Studierenden in Studiengänge und einzelne Module einschreiben und dabei auch Credits erwerben können. Studierenden, die ihr Studium in Hamburg fortsetzen, sollen die bisherigen Studienleistungen unbürokratisch anerkannt werden. Für alle Menschen, die zu uns kommen, sollen Sprach- und Integrationskurse angeboten werden.
8. Der Zugang zum Hamburger Arbeitsmarkt muss für Ukrainer/innen erleichtert werden, wenn diese Menschen nachweisbar hier eine Arbeitsstelle antreten können. Der Nachweis von Qualifikationen muss erleichtert werden und unbürokratisch möglich sein. Wir begrüßen, dass geflüchtete Ukrainer/innen einen unbeschränkten Zugang zum Hamburger Arbeitsmarkt erhalten. Um sie dabei zu unterstützen, fordern wir, die Integration in eine qualifikationsadäquate Beschäftigung mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten intensiv zu fördern.
9. Alle Maßnahmen und Vorkehrungen zum militärischen Schutz Hamburgs und der Metropolregion sind zu überprüfen, zu evaluieren und auf den aktuellen Stand zu bringen.
10. Die Waffenexporte zuvorderst der westlichen Verbündeten sowie auch der Bundesrepublik haben entscheidend dazu beigetragen, die Ukraine in die Lage zu versetzen, sich bis zum heutigen Tage der illegitimen russischen Aggression zu erwehren und ihre staatliche Souveränität zu bewahren. Die Bundesregierung möge sich daher um eine deutliche Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Waffenlieferungen und deren Durchführung durch die heimische Industrie bemühen und Waffenlieferungen durch die Industrie sowie aus eigenen Beständen nachdrücklich verfolgen.
11. Hamburg hat eine wirtschafts- und sicherheitspolitische exponierte strategische Lage in Mittel- und Nordeuropa als Knotenpunkt für Handel, Transport und Versorgung. In der Metropolregion leben mehrere Millionen Menschen. Deswegen muss Hamburg auch eine wichtige Rolle bei allen strategischen Schutz- und Stabilitätsmaßnahmen spielen. Im Rahmen der unter Ziff. 9 geforderten Evalua-

tionen und Aktualisierungen ist daher insbesondere die territoriale Verteidigung Hamburgs auf den Prüfstand zu stellen. Wieder eingetretene Bedrohungslagen können die Wiedereinrichtung bzw. den Ausbau von Standorten kämpfender Truppe in der Metropolregion Hamburg erfordern. Dabei sind insbesondere die militärische Schlagkraft der „Heimatschutzkompanie Hamburg“ (freiwilliger Wehrdienst) zu bewerten und Einheiten freiwillig Wehrdienstleistender ggf. personell und ausrüstungsmäßig entsprechend auszubauen.

12. Der Zivilschutz spielt eine ebenso große Rolle für Sicherheit und Stabilität wie der militärische Schutz. Deswegen sind auch hier alle Maßnahmen und Vorkehrungen zum zivilen Schutz Hamburgs und der Metropolregion zu überprüfen, zu evaluieren und auf den aktuellen Stand zu bringen.
13. Schutzübungen spielen eine entscheidende Rolle, bei der Vorbereitung auf eventuelle Ernstfälle. Diese können militärischer Natur sein, es kann aber auch um Angriffe auf die (digitale) Infrastruktur und die Versorgungsinfrastruktur gehen oder um Naturkatastrophen. Die letzten Schutzübungen in Hamburg haben hier in Teilen große Defizite gezeigt. Hamburg muss daher eine eigene Strategie für Schutzübungen entwickeln, wann und wie diese durchzuführen, auszuwerten und anzupassen sind.
14. Grundsätzlich wichtig für den militärischen wie auch den zivilen Schutz ist die Ausrüstung. Deswegen müssen alle Einheiten und Institutionen Hamburgs mit Bezug zu und Verantwortung für Schutzaufgaben mit ausreichender, einsatzfähiger und modernster Ausrüstung für ihren Auftrag ausgestattet werden.
15. Energiesicherheit ist die unabdingbare Grundlage für ein funktionierendes und stabiles Gemeinwesen, gerade in einer Metropolregion wie Hamburg. Die Abhängigkeit von russischen Energieimporten muss umgehend abgebaut werden und der Ankauf russischer Rohstoffe während des andauernden Krieges unter Anwendung aller Möglichkeiten so weit wie möglich reduziert werden. Sollten nach einem ukrainisch-russischen Frieden und politischen Veränderungen in Russland Energieimporte aus Russland mittel- und langfristig wieder vertretbar werden, sollten Teile der Erlöse für einen Wiederaufbaufonds für Zerstörungen in der Ukraine verwendet werden. Schutz- und Notfallpläne, wie auch entsprechende Simulationen und Übungen für die Sicherheit der Energieversorgung in Hamburg müssen deshalb parallel dazu schnellstens überarbeitet und wo noch nicht vorhanden erarbeitet werden.
16. Zur Versorgungs- und Energiesicherheit gehört eine stabile Versorgung mit dem Energieträger Wasserstoff. Der Hamburger Hafen und die dortige Industrie und Infrastruktur bieten beste Voraussetzungen, um Hamburg zu einem europäischen Zentrum für LNG und Wasserstoff zu machen. Das ist nicht nur eine wirtschaftspolitisch sinnvolle Ausrichtung, sondern auch sicherheitspolitisch geboten.
17. Zur Sicherung der Energieversorgung in Hamburg hat nach unserer Meinung das Kraftwerk in Moorburg eine besondere Bedeutung. Der Rückbau des Kraftwerks sollte sofort gestoppt, ein Kraftwerksblock wieder ertüchtigt und in die Reserve überführt werden.
18. Es muss dringend geprüft werden, wie die sogenannte CCS-Technologie (Carbon Capture Storage) für das Kraftwerk Moorburg umsetzbar ist, um mehr Unabhängigkeit und gleichzeitig Klimaneutralität zu erreichen. Das ist besser und sinnvoller als der Betrieb von neuen Gaskraftwerken, der von Importen aus Russland abhängig ist. Hierfür sind die CCS-Potenziale der dafür nutzbaren Kaverne in Hamburg Bergedorf umgehend zu prüfen und entsprechend zu genehmigen
19. Gleiches gilt für den Ausbau von Erneuerbaren Energien. Hier muss Hamburg die Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Bundesländern verstärken und den Ausbau der Energieförderung aus erneuerbaren Quellen wie Wind, Sonne und Wasserkraft vorantreiben.
20. Zu der Bedrohung durch analoge militärische Angriffe ist in den letzten Jahren die reale Gefahr von technologischen und digitalen Angriffen und Sabotageakten getreten. Diese kommen vor allem aus Russland und China. Der Bereich der sogenannten „Cyber Sicherheit“ ist in Deutschland und Hamburg bisher vernachlässigt worden. Um die systemrelevante Infrastruktur in Deutschland und Ham-

burg zu schützen, muss hier investiert und müssen die notwendigen Fähigkeiten aufgebaut und gestärkt werden.

21. In dem oben genannten Zusammenhang sollten KI basierte Systeme zur Gefahren Detektion und Risikoabschätzung eingesetzt werden. Diese können anhand von Datenauswertung aus verschiedenen Quellen und Zusammenhängen potenzielle Bedrohungen erkennen, bevor die Zeit zum Reagieren abgelaufen ist. Hierbei ist darauf zu achten, dass bei diesen Maßnahmen die Persönlichkeits- und Bürgerrechte aller Menschen berücksichtigt und geschützt bleiben. Deshalb ist hier in erster Linie auf die Nutzung von nicht personenbezogenen Daten, öffentlich zugänglichen Daten und Metadaten zu setzen.
22. Wichtig ist für uns Freie Demokraten, dass alle geforderten Maßnahmen zu Schutz und Vorbereitung in Verbindung mit der notwendigen Anpassung an und den Schutz vor dem Klimawandel in Hamburg und der Metropolregion gedacht, konzipiert und realisiert werden. Deswegen kommt es hier auf eine enge Koordination der beteiligten Entscheidungsträger in den Bezirken, im Land und im Bund an, um effizient und effektiv auf die Herausforderungen für Hamburgs Sicherheit zu reagieren.
23. Wir Freie Demokraten treten entschieden jeder Art von Cancel Culture oder „Vergeltung“ gegenüber russischstämmigen Menschen in Hamburg entgegen. Diese Mitbürger/innen dürfen nicht als „Sündenböcke“ für Wut und Ohnmacht gegenüber der russischen Regierung und Militärmaschinerie herhalten. Zugleich wenden wir uns energisch gegen die Verbreitung von Kreml-Propaganda, FakeNews und Desinformation auch aus dieser Gruppe heraus - Lügen sind keine Meinung.
24. Gerade in diesen Zeiten müssen wir die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit russischen Partnern beibehalten und beispielsweise die Städtepartnerschaft Hamburgs mit St. Petersburg in Bezug auf die dortige Zivilgesellschaft aufrechterhalten. Die Kontakte zu politischen Verantwortungs-trägern und allen Amtsträgern und Institutionen in St. Petersburg, die den russischen Angriffskrieg unterstützen, müssen dagegen ausgesetzt werden.
25. Darüber hinaus sollte sich Hamburg aktiv um den Aufbau einer neuen Städtepartnerschaft in der Ukraine bemühen und diese als Zeichen der Solidarität und der europäischen Zusammengehörigkeit vorantreiben.
26. Ein Beitritt der Ukraine (wie auch von Georgien und Moldau) zur Europäischen Union wird von uns Freien Demokraten begrüßt und unterstützt. Die Zukunft einer Freien Ukraine liegt langfristig in der EU. Wir wollen gemeinsam mit der Ukraine auf den Status eines Beitrittskandidaten hinarbeiten. Jedes Land hat das Recht in freier Selbstbestimmung seine Bündnisse und Partner zu wählen.
27. Die FDP Hamburg ist zudem bestrebt Partnerschaften zu den liberalen Kräften in der Ukraine, die zur ALDE Familie in Europa gehören, auf regionaler Ebene auf- und auszubauen, in erster Linie mit den Parteien Holos und Sluga Narodu („Diener des Volkes“) des Präsidenten Wolodimir Selenski und ebenso mit den liberalen Parteien Civic Position, European Party of Ukraine und Syla Lyudev.
28. Ebenso gilt es den Wiederaufbau des Wissenschaftsbetriebs in der Ukraine auch aus Hamburg heraus zu fördern. Über die sogenannte „Wissenschaftsbrücke“ sollten Hamburger Hochschulen mittel- und langfristig ihren Kolleg/innen in der Ukraine nach dem Krieg beim Neuanfang helfen.
29. Die FDP Hamburg hält sogenannte „Zivilklauseln“ an Hamburger Hochschulen für nicht praktikabel. Selbst auferlegte dahingehende Verbote verkennen, dass praktisch keine Grenze zwischen Grundlagenforschung und Dual-Use-Forschung gezogen werden kann. Zivile Forschung muss auch für militärische Zwecke verwendet werden können.
30. Krisenzeiten bedeuten für jedes Gemeinwesen nicht nur emotionale und organisatorische Herausforderungen, sondern in der Regel auch finanzielle Kraftanstrengungen. Die Folgen der Corona-Pandemie haben dem Hamburger Haushalt 2021 erfreulicherweise wenig anhaben können, wie die Rekordsteuereinnahmen gezeigt haben. Doch nachgelagerte Kostenrisiken aus der Zeit der Corona-Pandemie bleiben, und nun bedeutet der Krieg in der Ukraine auch für den Hamburger Haushalt weitere dringende und bislang nicht geplante Mittelbedarfe. Dies gilt vor allem für die Betreuung der

Geflüchteten und für die wieder neu erlangte Bedeutung von Zivilschutzmaßnahmen. Zudem sehen wir bereits jetzt eine deutlich erhöhte Inflation, die sich u.a. aus der Angebotsknappheit im Zuge gestörter Lieferketten sowie der massiv gestiegenen Energiekosten ergibt. Zu erwarten ist, dass sich diese zumindest kurz- bis mittelfristig deutlich oberhalb von 2% p.a. bewegen wird. Die wirtschaftlichen Aussichten sind für Deutschland und auch Hamburg mehr als ungewiss, wie auch aktuelle Prognosen führender Wirtschaftsinstitute belegen, die vor dem Abgleiten der deutschen Wirtschaft in eine Rezession warnen. Deshalb darf es ein finanzielles „Weiter so“ in der Hamburger Haushaltspolitik nicht geben. Nicht jedes „nice to have“ und jedes Vorhaben aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag vom Anfang der Wahlperiode können wir uns noch leisten, wenn wir die in der Hamburger Verfassung verankerte und die doppische Schuldenbremse weiterhin einhalten wollen.

Wir Freie Demokraten sprechen uns daher klar und entschieden dafür aus, auch in diesen schwierigen Zeiten an einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik festzuhalten. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben beschränken. Das bedeutet für den noch laufenden und die Beratungen zum kommenden Doppelhaushalt 2023/2024:

- Alle Aufwands-, Kosten- und Auszahlungspositionen im nächsten Doppelhaushalt - insbesondere im konsumtiven Bereich - gehören während der Haushaltsberatungen auf den Prüfstand. Zukunftsinvestitionen z.B. in unsere Versorgungssicherheit und Energieunabhängigkeit sind hiervon explizit auszunehmen.
- Angesichts der Rekordsteuereinnahmen ist das rot-grüne Narrativ des strukturellen Mehrbedarfs auf Ertragsseite zu überdenken und die Grunderwerbsteuererhöhung zurückzunehmen. Um die Einnahmen für Investitionszwecke zu verstärken sind (Teil-) Privatisierungen von öffentlichen Unternehmen zu prüfen.
- Notwendiges ist verstärkt von Wünschbarem zu trennen und auf letzteres zu verzichten. Große zentrale Reservepositionen sind zunächst für unmittelbar anstehende Kernaufgaben und nicht für Wunschvorhaben zu nutzen.

Auch ist darauf zu achten, in bereits überhitzten Branchen staatlicherseits möglichst nicht zusätzliche Nachfrage zu schaffen und damit inflationäre Tendenzen zu verstärken. Das gilt nicht für Maßnahmen im Bereich der Hilfe für Geflüchtete und des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Beschluss des 115. Landesparteitages der FDP Hamburg vom 2. April 2022

Erst denken, dann kaufen – Sicherstellen einer zukunfts- und konfliktsicheren Beschaffung

Der Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine führt zu einem Paradigmenwechsel in der deutschen Sicherheitspolitik. Die Hinwendung auf die Landes- und Bündnisverteidigung und die zugesagte Finanzierung von Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro sind ein wichtiger Schritt, dieser Herausforderung zu begegnen. Wichtig ist, dieses Budget ausgerichtet an klar definierten Fähigkeiten und zukunftsgerichtet auszugeben.

Der aktuelle Konflikt bietet ein umfassendes Bild der Wirksamkeit von Systemen und deren Einsatzeffizienz. Daraus lassen sich wertvolle Schlüsse für die Bedeutung von Systemen und der Struktur der Streitkräfte für einen möglichen Konflikt in der Zukunft mit einem gleichwertigen oder überlegenen Gegner ziehen. Diese Schlüsse müssen in die Beschaffungsentscheidungen, die mit dem Sondervermögen hinterlegt werden, einbezogen werden. Ein „weiter wie geplant“ auf Seiten der Waffensystemauswahl kann zu Fehlallokationen von Mitteln führen, die in eine nicht konflikttaugliche und durchhaltefähige Struktur der Streitkräfte münden.

Dies betrifft auch die Entscheidungen zum Bestand von militärischen Anlagen und Standorten. Auch diese müssen vor dem Hintergrund der veränderten Lage hinterfragt werden.

Mittelfristig ist eine erneute vollumfängliche Analyse der veränderten sicherheitspolitischen Lage mit resultierender Aufgaben- und Fähigkeitsdefinition für die Streitkräfte unter Betrachtung der veränderten Lage notwendig. Investitionen in neue Systeme und damit zum Teil neu oder wieder zu erlangende Fähigkeiten können nur so zielgerichtet in Bezug auf die veränderte Lage erfolgen.

Dazu fordern die Freien Demokraten:

- **Ganzheitliche und zukunftsorientierte Bedarfsanalyse**

Um Schnellschüsse zu vermeiden, fordern die Freien Demokraten eine schnelle, allumfassende Bedarfsanalyse vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus dem Krieg in der Ukraine vor dem Einleiten neuer Beschaffungsvorhaben, in Verbindung mit einem dreimonatigen Moratorium für politische und haushälterische Beschlüsse zu bereits in Planung befindlichen Beschaffungsvorhaben, Umstrukturierungsmaßnahmen und Standortschließungen. Die gewonnene Zeit soll genutzt werden, um Beschaffungs-, Struktur- und Standortentscheidungen zu überprüfen hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Fähigkeiten und das Durchhaltevermögen der Bundeswehr im Verteidigungs- und Bündnisfall angesichts von Erkenntnissen aus dem aktuellen Konflikt. Das Binden von Mitteln und Personal auf Jahrzehnte in womöglich vom Zeitgeschehen überholte Systeme soll so verhindert werden. Ausnahmen für diese Maßnahmen müssen gelten für Vorhaben, die sich auf die persönliche Ausrüstung von Soldaten richten, auf Verbrauchs- und Ersatzteil Nachbeschaffungen beziehen, auf einsatzbedingten Sofortbedarf beziehen und auf Projekte von herausragender zukünftiger Bedeutung im multinationalen Kontext richten (z.B. FCAS, MGCS, nukleare Teilhabe, Fähigkeitszusagen ggü. NATO).

- **Alle Möglichkeiten ausschöpfen!**

Um eine grundlegende Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu erreichen, soll die Wahrnehmung bestehender Optionen für schon eingeführte Waffensysteme vor demselben Hintergrund im Moratoriums Zeitraum geprüft werden, um die Systeme zu identifizieren, die bei weiterbestehender militärischer Relevanz zu einem schnellen Fähigkeitsaufwuchs führen würden. Bei Beschaffungen für die persönliche Ausrüstung für Soldatinnen und Soldaten in naher Zukunft, muss auf marktverfügbare und möglichst durch Verbündete kampferprobte Systeme gesetzt werden. Dies ermöglicht langfristig auch wieder auf vorrausschauende Eigenentwicklungen und Entwicklungsprojekte mit unseren Verbündeten zu setzen.

- **Beschaffungsverfahren reformieren – BAAINBw restaurieren!**

Viele Kostenexplosionen und Verzögerungen entstehen im Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr und in komplizierten Vergabeverfahren. Diese müssen dringend reformiert werden, auf deutscher und europäischer Ebene. Das dreimonatige Moratorium soll auch genutzt werden, um Probleme im BAAINBw zu analysieren und Umstrukturierung in die Wege zu leiten. Die Übersetzung des Sondervermögens in Fähigkeiten in der aktuellen Legislaturperiode darf nicht am Beschaffungswesen scheitern.